

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 50.

Berlin, Freitag, den 15. Dezember 1922.

49. Jahrg.

Die Umkehr.

I.

Die Lage unserer Wirtschaft stellt sich etwa in folgendem Bilde dar: In einer runden Arena laufen drei Menschen hintereinander her. Vornweg, leichtfüßig, jagt die Valuta, das heißt, der Wert der deutschen Papiermark im Auslande. Hinter ihr rennt das Preisniveau und strebt vergeblich, sie einzuholen. (Alle Bemühungen, durch Weltmarktpreise dem ständigen Sinken der Mark Einhalt zu bieten, müssen vergeblich sein.) Am Schlusse leuchtet das Lohnniveau und sucht vergeblich, der Teuerung nachzukommen, wenn möglich zu überholen. Alles Gehen nützt dem Lohne nicht; er kommt dem Preisstande nicht näher; im Gegenteil: der Abstand vergrößert sich. Er muß sich (unter den gegenwärtigen Umständen) vergrößern. Denn die Lohnsteigerung, das heißt die Vermehrung der Papiergeldmenge in den Händen der Millionen Arbeitnehmer, ohne entsprechende Vermehrung des Gütervorrats muß die Geldentwertung weitertreiben. Es ist, als wenn jemand seinen Schatten überholen wollte. Je schneller er läuft, desto schneller jagt er den Schatten vor sich her. Und so drehen wir uns seit Jahren mit immer steigender Schnelligkeit im Kreise — ohne Hoffnung, aus ihm herauszukommen. Wirklich ohne Hoffnung? — Die Erfahrungen beweisen doch nur, daß der bisherige Kreislauf nichts nützt; daß der Lohn den Preis so wenig einholen kann, wie dieser die Valuta; daß bei dem vergeblichen Wettrennen die Lebenshaltung der arbeitenden Massen (wenigstens der Familienväter) nur stets schlechter wird.

Aber wenn es so nicht geht, könnte es nicht vielleicht auf anderem Wege gehen?

II.

Wie wäre es, wenn der vom Lohne lebende Mensch das vergebliche Rennen rechts herum aufgäbe, entschlossen kehrt machte und sich links herum wendete? Dann würde er im Kreise sehr schnell auf die allen anderen vorausseilende Valuta stoßen und das sinnlose Rennen unterbrechen, wenn es ihm gelänge, diese zum Stehen zu bringen. Das heißt: an Stelle der Vermehrung der Papiergeldmenge träte die Hebung ihrer Kaufkraft; das Problem würde nicht von der Seite der Einnahmen, sondern von derjenigen der Ausgaben angefaßt: zur Kernfrage würde die Festigung (Stabilisierung) der Mark!

Hier liegt nicht nur eine Möglichkeit der Rettung vor, dem immer bedrohlicher herannahenden Zusammenbruche unserer Wirtschaft, sondern die einzige Möglichkeit, die Erfolg verspricht. Es ist sehr richtig und wichtig, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr mit der Forderung von Lohnsteigerungen begnügen, sondern die Festigung des Geldwertes immer stärker in den Vordergrund schieben. Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes ist heute weit wichtiger als Vermehrung der Lohnsumme.

Nur darf man nicht glauben, daß die Regierung und die Gesetzgebung allein dieses Ziel erreichen könnten. Die besten Maßnahmen müssen wirkungslos bleiben, wenn nicht die Massen der Volksgenossen ihre eigene Lebensführung mit ihren Zielen in Einklang bringen. Drei Dinge sind es hauptsächlich, auf die es ankommt:

1. Die wichtigste Ursache für die Zerrüttung unserer Wirtschaft ist natürlich der verlorene Krieg und die Folgen, die der

Versailler „Vertrag“ uns auferlegt hat. Ohne vernünftige Gestaltung der „Wiedergutmachungen“ scheint eine Gesundung unserer Verhältnisse unmöglich. Aber (das muß stets mit aller Schärfe herborgehoben werden) sie sind nicht die einzige Ursache unseres Niederganges; sie hätten uns nicht so weit gebracht, wenn wir uns alle der Zeitlage angepaßt und Einzelinteressen hinter die Not der Gesamtheit zurückgestellt hätten. Die Aufhebung aller Reparationen allein würde uns nicht retten.

2. Daneben stehen Maßnahmen der Regierung und der einzelnen, die größtenteils durch energische, gute Gesetzgebung und Verwaltung gehindert werden könnten: Einschränkung der Spekulation, namentlich der in fremden Devisen (ausländischen Zahlungsmitteln); Verwendung aller vorhandenen Stoffe zur Befriedigung notwendigen Bedarfs (keine Vergeudung wichtiger Nahrungsmittel zu alkoholischen Getränken usw.); Unterbindung unnötiger Einfuhr (Kaffee, Tabak, Spirituosen, Spitzen usw.), um den Gegenwert unserer Ausfuhr zur Beschaffung nötiger fremder Stoffe verwerten zu können; vor allem auch Steuern, die nicht mehr kosten, als sie einbringen, die nicht verteuern wirken (Einzahlung der Grundrente).

3. Aber das alles muß ergänzt werden durch ein Drittes, das letzten Endes nur von Vernunft und Willen der Massen bewirkt werden kann. Wir leben als Volk im ganzen weit über unsere Mittel und können unseren Gesamthaushalt nur auf demselben einfachen Wege gesund machen, wie einen Einzelhaushalt: indem wir einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben, zwischen Erzeugung und Verbrauch herstellen.

Seit Jahren mühen wir uns an einem Problem, das einfach unlöslich ist: wir wollen mehr verteilen, als da ist. Das geht eine Zeitlang, indem wir nicht nur vom Einkommen, sondern auch vom Vermögen leben; indem wir dem Reiche phantastische Schulden aufspaden. Aber einmal muß das ein Ende haben. Auf die Dauer gibt es nur eines: Vermehrung der Gesamterzeugung oder Verminderung des Gesamtverbrauches; am besten natürlich beides. Eine gewaltige Steigerung der Produktion ist ohne Vermehrung der Arbeitslast möglich durch rationellste Gestaltung des Herstellungs- und Verteilungsprozesses. Eine ebenso große Verminderung des Verbrauches ohne Verschlechterung der Lebenshaltung ist möglich durch rationellste Gestaltung des Haushaltes. Auch die Hausfrauen haben eine große Aufgabe im Kampfe gegen den Zukunftbankrott.

Hier liegen auch Gewerkschaftsaufgaben, die in erster Linie Erziehung der Mitglieder bedeuten. Es nützt nichts, wenn die verschiedenen Gruppen unseres Volkes sich gegenseitig die Schuld an der Zerrüttung vorwerfen und jeder vom anderen Besserung verlangt: Jeder sollte sich bemühen, mit gutem Beispiele voranzugehen; dann hat er ein Recht, von anderen das gleiche zu verlangen und im Notfalle sie zur Nachfolge zu zwingen. Und gerade, wer den Aufstieg der Massen will, wer allein der nützlichen Arbeit Anteil an den Gütern deutscher Wirtschaft und Kultur gönnt, darf darauf hinweisen, daß der Reichstagspräsident nur dadurch dauernd behauptet werden kann, daß er voll ausgenutzt wird; daß in Millionen Haushaltungen Nahrung, Kleidung und Wohnung noch nicht mit dem Höchstmaste von Zweckmäßigkeit und Fleiß bewirtschaftet werden, die den Bedarf mit geringstem Aufwande decken; und daß viele

Mitglieder! Wahret Eure Rechte! Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines Stundenlohnes!

in der Woche vom 17. bis 23. Dezember ist der 51. Beitrag fällig.

ledige (namentlich junge) Arbeitnehmer mehr Geld ausgeben, als für die notleidenden Familienväter wünschenswert ist.

Demokratie der Wirtschaft, die wir wollen, setzt voraus, daß wir alle uns mit verantwortlich für die Gesamtwirtschaft fühlen; daß wir unser eigenes Verhalten so einrichten, daß die Gesamtheit dabei bestehen kann.

Heinz Pothoff-München im „Korrespondenzblatt“.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Preisbewegung geht im Eiltempo aufwärts. Die Lebenshaltungskosten sind nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes um 102,2 v. H. im November gegenüber dem Vormonat gestiegen. Dabei ist an einen Stillstand gar nicht zu denken, denn die Großhandelspreise eilen dem Einzelhandel weit voraus. Im Großhandel ist das Preisniveau im Vergleich zum Jahre 1913 auf 1650fache gestiegen. Bemerkenswert ist, daß nach den Ermittlungen der „Frankfurter Zeitung“ noch immer eine erhebliche Spanne besteht zwischen den Preisen der Waren, die vom Ausland hereinkommen, und denen, die aus inländischen Rohstoffen und im Inland erzeugt sind. Während der Preis der Inlandswaren im November das 1203fache der Vorkriegszeit erreichte, standen die Auslandswaren beim 1899fachen. Je mehr wir aber in diese zügellose Preistreibererei hineingeraten, um so näher kommen wir den Auslandspreisen und folgen dem steigenden Dollarstand.

So sind wir noch nicht am Ende der Preisbewegung, vielmehr haben wir damit zu rechnen, daß es weiter aufwärts geht. Die Börse ist ganz auf diese Berechnung eingestellt, die Industriepapiere haben Sprünge gemacht, die alles in den Schatten stellen, was jemals in wilder Spekulation sich austoben konnte. Allerdings rechnet man uns wieder vor, wie gering die Verzinsung der Papiere, gemessen an dem Kursstand oder gar in Geld umgerechnet, ist; aber man verschweigt, wieviel an Kursgewinnen die Besitzer beim Realisieren dieser Werte einheimen; ganz abgesehen von den Zuwendungen an die Aktionäre, die neben der Dividendenausüttung noch in Frage kommen. Außerdem muß diesem Versuch, die Ertragnisse aus Kapitalvermögen zu verschleiern, doch entgegengehalten werden, daß ja der Kurs der Papiere im freien An- und Verkauf bestimmt wird und die Interessenten doch eine andere Wertschätzung vornehmen, als die dienstbesessene Handelspresse es uns vorrechnet. Bei vielen Unternehmungen sind die Preise schneller fortgelaufen, als die Löhne und Geschäftskosten nachkommen konnten, und die Spekulation kalkuliert durchaus zutreffend, daß nunmehr auf größere Gewinne zu rechnen ist. Das ist mit einer der Ursachen der Preissteigerung: Der in die Höhe getriebene Kurs der Industriepapiere hat zur Folge, daß die Leitung des Unternehmens auf größere Gewinne bedacht ist.

Wir wären in der Lage, unsere Inlandspreise weit unter das Weltmarktniveau zu halten, wenn allgemein die Mäßigung vorhanden wäre, die heute dem Arbeiter in seinen Ansprüchen auferlegt wird. Ein krasses Beispiel dafür bietet die Preispolitik des Stahlverbandes. Mitte November betrug der Preis für Stabeisen 203 000 Mk. die Tonne; am 1. Dezember wurde er auf 243 000 Mk. heraufgesetzt und erreichte damit das 2500fache der Vorkriegszeit. Die Lothringer Werke gaben zu gleicher Zeit Stabeisen mit 440 Frank ab; ein Preis, der ungefähr 242 000 Mk. entspricht. Somit stand unser Preis schon über dem Weltmarktpreis, obwohl die Löhne noch nicht die Hälfte derjenigen im Ausland betragen. Auch gemessen am Stand des Dollars ergibt sich, daß der Preis für Stabeisen schon einem Dollarstand von 10 000 entspricht. Natürlich kommt dieser Ueberpreis den Werken zugute, die in letzter Zeit eine sehr schöne Kursbewegung ihrer Aktien wahrnehmen konnten.

Haben wir es nun mit Unternehmungen zu tun, deren Preisbewegungen unter einem Zwange stehen, so wird die Wertbemessung auf einen gewissen Tiefstand gehalten. Da wird uns nun aus kapitalistischen Interessententreisen gesagt, wir verschleudern Substanz der deutschen Volkswirtschaft noch dem Auslande, da wir zu billig verkaufen. Weshalb verkauft die deutsche Industrie so billig nach dem Auslande? Weshalb ist die Außenhandelskontrolle so ausgebaut, daß die Einfuhrkontrollen vermieden werden und nicht fortgesetzt das Auslande zu einer Heraushebung der Einfuhrzölle greift? Weil es diesen Kreisen an allem volkswirtschaftlichen Fortschritt fehlt, nur das augenblickliche, unmittelbare, eigennützige Interesse ist entscheidend für sie. Nur die billigen Preise die Konkurrenz niederschlagen, das sind die Geschäftspraktiken, mit denen man früher gewirtschaftet hat und die gegenwärtig bei den Valutadifferenzen mit wenig Gehalt fortgesetzt werden können. Der Erfolg ist, daß der Gewinn aus der deutschen Ausfuhr zu einem erheblichen Teil dem Auslande in Gestalt von erhöhten Zolleinzahlungen zugute kommt.

Man feilscht heute um eine Ausfuhrabgabe von 2 bis 3 v. H. und bringt mit den fadenscheinigsten Beweismitteln die Klage vor, daß bei diesen Abgaben die Industrie nicht mehr exportieren kann. Ein offener Schwind, denn bei einem so rapid fallenden Wert der Mark wächst der Gewinn an der Ausfuhr in einem Maße, daß die Ausfuhrabgabe jede Bedeutung verliert. Keine Industrie kalkuliert heute mit Differenzen von 2 bis 3 v. H. Die Arbeitervertretung in den Außenhandelsstellen muß mit aller Entschiedenheit dagegen auftreten, daß sie dazu benutzt wird, ihre Zustimmung zur Ermäßigung oder gar Aufhebung der Ausfuhrabgabe zu geben. Es handelt sich in all den Fällen um nichts anderes als darum, eine Abgabe loszuwerden, die Industrie und Handel nicht zahlen will; von einem Nichtzahlenkönnen kann keine Rede sein.

Eine ganz eigenartige Entwicklung zeigt gegenwärtig der Grundstücksmarkt. Durch die Zwangsmieten sind die Preise der Grundstücke niedrig gehalten. Durch das neue Mietgesetz zeigt sich eine lebhaftere Bewegung aufwärts und ein Verkauf von Grundstücken in einem Umfang, der überraschen muß. Man behauptet, vom Ausland werden Mietshäuser aufgekauft. Das wird zutreffen, bei einem Dollarstand von 8000 kauft der Ausländer ein Zweimillionen-Objekt für ungefähr 250 Dollar. Und dennoch wird er für dieses Geld keine Verzinsung erlangen, denn die Mieten sind für einen solchen Kaufpreis viel zu niedrig. Es wird also der Ausländer und auch mancher Käufer im Inland damit rechnen, daß wohl bald mit einer weiteren Lockerung der Zwangswirtschaft zu rechnen ist. Dann wäre aus der Sache ein Geschäft zu machen. Den großen Lärm, daß die Ausländer den städtischen Grundbesitz aufkaufen, sollte man nicht allzu tragisch nehmen. Wir brauchen ausländisches Kapital, und im übrigen können die Ausländer Grundbesitz und Häuser nicht nach dem Ausland hinausnehmen. Wir sollten uns nur hüten, die Zwangswirtschaft weiter zu lockern; im Gegenteil, es muß für die Instandhaltung der Häuser ein Vertrag sichergestellt werden aus der Miete, und die Rechte der Mieter erweitert werden, dann mögen die Ausländer unseren Grundbesitz aufkaufen.

Auch im Effektenmarkt sollen die Ausländer umfangreiche Käufe vornehmen; der Anreiz dazu liegt im Stand des Dollars und englischen Pfunds; deutsche Aktien werden trotz des hohen Kursstandes billig aufgekauft. Dieser Vorgang ist bedenklicher, da wir immer mehr nach dem Ausland verschulden. Aber es liegt nahe, zu fragen, ob nicht durch diesen starken Verkauf deutscher Werte unsere Zahlungsbilanz eine solche Erleichterung findet, daß ganz automatisch eine Besserung der Mark in die Erscheinung treten müßte. Da nun gerade das Gegenteil eingetreten ist, muß man annehmen, daß das fremde Kapital in deutschem Besitz festgehalten wird und nicht in Verkehr kommt. Es werden die fremden Zahlungsmittel gehamstert. Besteht nun beim Reichswirtschaftsministerium die Absicht, die Devisenordnung aufzuheben, so würde der Weg freigemacht für ein ganz unkontrollierbares Aufkaufen von Devisen und für das weitere Eindringen fremder Zahlungsmittel in den inländischen Verkehr. Die Folge müßte sein, daß der Zustrom zum Devisenmarkt abermals zunimmt und weiter die Mark geworfen wird.

Wie recht übrigens das vorausgegangene Wirtschaftsministerium hatte mit dem Vorschlag, ein wertbeständiges Papier in der heimischen Valuta zu schaffen, ist in der letzten Rundschau an einigen Beispielen des In- und Auslandes gezeigt. Nunmehr sind auch Polen und einige Mandstaaten im Osten in gleicher Weise zur Herausgabe eines wertbeständigen Papiers übergegangen. Polen gibt Goldanweisungen heraus und eröffnet in seiner Darlehnskasse eine Anlage in Golddepots. Natürlich wird hier Gold, wie es auch in Deutschland eingeführt werden sollte, in Papierzahlung umgerechnet. Der Zweck einer solchen Anlage ist, für das Spartapital eine sichere Anlage zu schaffen und das Publikum von der Spekulation abzuhalten. Wenn die Leitung der Deutschen Reichsbank nicht einen finanztechnisch so rückständigen Standpunkt einnahm, wären wir mit diesen währungstechnischen Maßnahmen vorangegangen und hätten dem Ausland das Beispiel gegeben, daß wir aus eigenen Kräften versuchen, dem Finanzclend Einhalt zu gebieten. Allerdings, das Finanzkapital in Deutschland geht andere Wege, und der Einfluß dieser Kreise ist leider so groß, daß das Allgemeininteresse zum Schweigen gebracht wird.

Es ist erreicht!

So könnte man beinahe sagen, wenn man den Kopfartikel der „Ameise“, Nr. 46 vom 17. November, liest. Doch die Geschehnisse der letzten Zeit, und speziell die der Gegenwart, belehren uns eines besseren. Die Gedankengänge der Kollegen und Kolleginnen, welche jenes gelesen, sind wohl gleich, jedoch der Kommentar grundverschieden. Ich will hier ausdrücklich betonen, daß es mit fern liegt, hehartig böses Blut unter der Arbeiterschaft zu erzeugen.

Aber als biederer Arbeiter muß man doch einmal aus sich heraus, wenn man sieht, wie die Verelendung täglich, ja stündlich wächst. Wenn man schon einmal den Verbandsmitgliedern die erfreuliche Mitteilung macht, daß der Verband mit seiner Mitgliederzahl am Endziel angelangt ist, soll man gleichzeitig hinzufügen, daß nunmehr die gesprochenen Worte von der Vorkriegszeit in die Tat umgesetzt werden. Anno dazumal gab es immer die Entschuldigung, wenn wir erst alle Arbeiter als Mitglieder erfasst haben, sind wir in der Lage, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Also bitte ans Werk! Oder war es nur Phrasenschwall oder Verdummungspolitik? Dem Verhalten des ADGB nach, ja! (Genau so reden unsere Gegner. D. N.) Ich erlaube mir, einige Zitate aus dem Artikel etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Im Absatz 3 steht der schöne Satz: „Unser Industrieverband bleibt trotz seiner imponierenden Stärke ein toter Verwaltungsapparat, wenn es uns nicht gelingt, Lebendigkeit, Klassenbewußtsein und Kampfesfreudigkeit in ihm anzuregen“. Beweisen nicht sämtliche Versammlungsberichte, sowie die vielen Konferenzen, daß die Kampfesfreudigkeit bereits vorhanden ist? Ja, man muß sagen, gezwungenermaßen ist sie vorhanden, infolge der wirtschaftlichen Misere und der Not, unter welcher das Proletariat schier erdrückt zu werden droht! Die Hauptzeit der Verwaltung nehmen die Lohnverhandlungen für sich in Anspruch. Hierbei möchte ich an die Worte des ehemaligen Gauleiters Apel in Gräfenroda erinnern, wo er aussagte: die Lohnverhandlungen sind eine Hundearbeit. Ja, warum macht man denn solche Hundearbeit mit? Wäre denn dieser nicht der freie Lohnkampf vorzuziehen? (Darauf warten die Unternehmer. D. N.) Im selben Absatz steht noch geschrieben: Nur Handeln, welches im Bessermachen bestehen muß, wird gute Früchte bringen usw. Ist nicht gerade jetzt diese Möglichkeit vorhanden, als organisierte Klasse unsere Kampffront ein Stück weiter in die feindlichen Gefilde schieben zu können? Das gegenseitige Vertrauen muß aber schwinden durch das Versagen der Leitungen aller Verbände. Wichtig, wir wollen nichts vergeuden und mit unserem Pfunde wuchern, denn Arbeiterblut ist schon genügend geflossen. Das Weihnachtsfest — das Friede fest — steht vor der Tür; viele Kinder warten auf ihren Vater, welcher als Klassenkämpfer hinter Zuchtmauern darbt und drangaliert wird, wo die Organisationen als Machtfaktor in der Lage wären, diese Armen den Klauen der Klassenjustiz zu entreißen. Weiter heißt es: Ein wichtiger Faktor im Organisationsleben sind die Betriebsräte. Sie haben eine Fülle von Aufgaben vor sich, und müssen an die Erledigung dieser gehen. Diesem pflichte ich vollständig bei, denn die Erledigung der gestellten Aufgaben muß unseren Betriebsräten die heiligste Pflicht sein im Interesse des Allgemeinwohls. Der Schritt dazu ist unternommen. Der Reichsbetriebsrätekongreß ist eigens zu diesem Zwecke einberufen. Aber warum wird er von maßgebenden Instanzen sabotiert? Ja, man läßt sogar Kollegen aufs Pflaster werfen, welche dort als Delegierte fungieren. Beweise hierfür liegen vor. Anstatt mitzuarbeiten an diesem großen Werk, malt man den Betriebsrätekongreß als kommunistische Mache, diktiert von Moskau, als schwarzes Gespenst an die Wand. Jedenfalls waren als Einberufer auch SPD und USF mitunterzeichnet. Und diese Kollegen haben das eine zum Ziel: Die Arbeiterschaft vor dem völligen Untergang zu retten, die Durchführung der Forderungen in Angriff zu nehmen, welche der 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig dem ADGB vorlegte, und dieser als Machtfaktor die Forderungen als wertloses, beschriebenes Papier betrachtet. Wir wollen den Betriebsräten einen Rückhalt sichern und alles zu ihrer Verstärkung tun. Noch erwähnen möchte ich, mag meine Meinung aufgefaßt werden wie sie will, mag eine Anerkennung der Schriftleitung kommen, mir entgegenzutreten, mit ihr, d. h. mit der Leitung bin ich in der Meinung des Schlusssatzes einig: Die Porzellanarbeiterschaft als geschlossene Masse steht als Kampftruppe bereit, sie ist gewillt, weitere Machtpositionen zu erringen; das begonnene Werk muß der Vervollendung entgegengeführt werden. Die Köpfe sind frei und bereit! (Wir möchten gerade die Behauptung des letzten Satzes bezweifeln. D. N.)

S e r m a n n M a t t h e s , M e n g e r s g e r e u t h .

Kollege Matthes gibt als Grund für seine polemizierenden Ausführungen gegen einen Leitartikel seines Verbandsorgans an, daß die Verelendung, die täglich, ja stündlich wachse, ihn als biederen Arbeiter veranlasse, einmal aus sich herauszugehen. Muß man denn, wenn man sich gegen eine allgemeine, fast nur die Arbeiter schwer bedrückende Welterschmerz wenden will, sich gegen seine eigenen Klassengenossen kehren? Er weiß als Sozialist, daß die Verhältnisse vielfach stärker sind als die Menschen, trotzdem richtet sich seine Kritik, zu der der erwähnte Artikel gar keinen Anlaß gab, gegen was eigene Fleisch und Blut. Dem eigentlichen Gegner wird dabei stets die Dose geboten, die sich bei der eigenen Be-

kämpfung dartut; er benützt diesen Umstand sofort für seine Zwecke und hat Erfolg. Wenn dieser Krankheitszustand innerhalb der Arbeiterbewegung stets verschlechtert wird, wenn nichts getan wird zur allmählichen Gesundung, dann werden weder eine politische Arbeiterpartei noch eine mächtige Gewerkschaftsformation je eine Machtposition im Gesellschaftsleben erringen können. Die politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung müssen das wenigstens für die noch geschlossenen Gewerkschaften begreifen lernen. Wir haben alle die Pflicht, nicht das Trennende, sondern das Einigende hervorzuheben, zu fördern, weil es für unser Wohl und Wehe als arbeitende Klasse dienlicher ist. Wer das aber tun will — wir sollten es wirklich alle — der muß Kritik nicht der Kritik willen, sondern zur Verbesserung, zur Stärkung und Festigung des Ganzen üben. Kollege Matthes irrt davon aber weit ab. Ihn auf diese Pfade zu folgen, wäre verkehrt. Deshalb mögen alle Kollegen und Kolleginnen selbst entscheiden, was uns am nächsten liegen muß: Die Einheit des großen Organisationsgefüges zu wahren, sie sogar zu festigen, oder durch Abirren die noch nicht gefestigten Gewerkschaftler in Verwirrung zu bringen. Das erstere halten wir zum Wohle der gesamten arbeitenden Schichten für das Klügere und Bessere, deshalb gehen wir nicht auf die verschrobenen Einzelausführungen des Kollegen Matthes näher ein.

Lebensnotwendige Einkommen.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Berichtsmonats November waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Hälfte besonders hoch; sie waren fast 1½mal so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte, reichlich dreimal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte und etwa 38mal so hoch wie im November 1921.

Rationiertes Brot kostete 250mal soviel wie vor neun Jahren, Kartoffeln 300mal soviel, Zucker 450mal soviel, Gas 600mal soviel, Milch 700mal soviel, Britetts 750mal soviel, Weizengrieß 800mal soviel, Bohnen 950mal soviel, Reis 1000mal soviel, Erbsen und Speck 1150mal soviel, Margarine 1200mal soviel, Roggenmehl 1250mal soviel, Brot im freien Handel 1400mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	2923	4904	6546
Wohnung	72	72	72
Heizung u. Beleuchtung	1324	1324	1324
Bekleidung	2817	4694	6572
Sonstiges	2354	3628	4789
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622	19303
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13238
2. Oktoberhälfte 1922 .	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922 .	2998	4631	6136

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 566,6fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 655,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 670,3fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Novemberhälfte etwa 1/6 Pf. wert.

Henry Ford über die Lebenshaltung der Arbeitenden.

Henry Ford ist der erfolgreichste Unternehmer Amerikas. Er ist es, der die modernste Serienfabrikation von Automobilen eingerichtet und dieses Vehikel zum Volksverkehrsmittel der Dankes gemacht hat. Um seine Automobilfabrik gruppieren sich in vertikaler Konzentration eine Reihe von Hilfsunternehmungen, die der Herstellung der Produktions-elemente, Kohle, Stahl, Holz usw., vom Rohstoff bis zum verarbeitungsbereiten Halbprodukt dienen. Neuestens strebt Ford danach, auf dem europäischen Kontinent die Automobilfabrikation nach seinen Produktionsgrundsätzen einzurichten, und gewisse Nachrichten sprechen davon, daß er Oesterreich als das Feld seiner Tätigkeit ertoren habe.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ war nun in der Lage, einen Artikelhklus aus der Feder Henry Fords zu veröffentlichen, in welchem er die Grundsätze seiner Geschäftsführung darlegte. Daß diese Grundsätze frei von der Engherzigkeit sind, die man verschiedentlich bei der Unternehmerschaft Deutschlands entdeckt, versteht sich von selbst. Aber auch in der Frage der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen bringt der Amerikaner Ansichten vor, die in einem wohlthuenden Kontrast zu den Lamentationen des deutschen Unternehmertums stehen, und die bekanntlich zur Rettung

der Wirtschaft den Arbeitern und Angestellten eine Hungerkur verordnen. Ford schreibt (Wiener „Neue Freie Presse“ vom 20. August 1922):

Ich glaube nicht, daß das Volk sich Entbehrungen auferlegen soll. Ich bin nicht für die Art von Sparpredigten, die sagen, daß ein Arbeiter aus Sparsamkeit keinen weißen Kragen tragen soll. Ein weißer Krage ist hübscher als ein schwarzer. Statt dem Manne zu sagen, er solle einen schwarzen Krage tragen, weil er länger hält und billiger zu reinigen ist, würde ich den weißen Krage so billig herstellen, daß er weniger kostet als der schwarze. Und ich würde ihm in seiner Fabrik solche Löhne zahlen, daß er sich so viel weiße Krage kaufen kann, als er will. Es gibt ein Sparsystem der Entbehrung und eines des angemessenen Verbrauches, und ich glaube, das zweite ist für jedermann besser.

Leider besteht wenig Aussicht darauf, daß diese Belehrung, wiewohl sie in der „Neuen Freien Presse“ — also in dem sechsten Buch Moses der österreichischen Industrie — erschien, bei dieser auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Mitgliedsbeiträge in Höhe eines Stundenlohnes.

In der Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in den letzten Novembertagen wurde u. a. Stellung zur Frage der Mitgliedsbeitragszahlung in Höhe eines Stundenlohnes genommen. Dabei verwies Leipart auf die Notwendigkeit, daß die Verbände, die ihre Mitgliedsbeiträge noch nicht auf die durch die Erfahrung als zweckmäßig erwiesene Höhe von einem Stundenlohn in der Woche gebracht haben, dies so schnell wie möglich nachholen. Dazu zwänge die gewaltige Steigerung der Ansprüche an die Kassen der Verbände, nicht zum wenigsten die fortwährend steigenden Preise der Drucksachen. Es seien schon wiederholt Anfragen von Verbänden gekommen, ob der Bund nicht darin Erleichterungen ermöglichen könne. Der Ausschuss erinnerte die Verbände an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses, wonach ein Stundenlohn als Wochenbeitrag erhoben werden muß.

Diese Ermahnung gilt weniger für den Verband der Porzellanarbeiter. Dessen Mitglieder zahlen mit wenigen Ausnahmen Stundenlöhne als Beiträge. Es wäre zu wünschen, daß alle an der feinkeramischen Industrie beteiligten Tarifverbände diese Maßnahme sofort zur Durchführung brächten. Es besteht eine Notwendigkeit dafür.

In Zahlstellen, in denen noch einige Ausnahmen in der Bezahlung geringerer Beiträge bestehen, müssen alle Mitglieder gegenseitig Kontrolle ausüben, damit nicht einige Zahlflaue auf Kosten und zum Schaden der Gesamtheit schinden. Wir hoffen, daß die wenigen Außenseiter bei uns zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden.

Unrichtige Behauptungen der Christen.

Der Berufsverband deutscher Keramarbeiter (Christliche Gewerkschaft) behauptet in einer teilweise in der bürgerlichen Presse erschienenen Notiz, in der vom Porzellanarbeiterverband angegebene Mitgliederzahl von 70 757 (inzwischen auf über 71 000 gestiegen) seien Tausende von Arbeitern in Emaillefabriken, der größte Teil der Emailleschildermaler in Deutschland, eine beträchtliche Anzahl Arbeiter in den Gipsfigurenfabriken, zahlreiche Arbeiter aus dem Töpfergewerbe und Personal in Porzellan- und Glashandlungen. Diese von der genannten christlichen Organisation aufgestellte Behauptung ist unrichtig. In Emaillefabriken und in Emailleschildermalereien sind nur annähernd 150 Maler im Porzellanarbeiterverband organisiert. Für die übrige Zahl der Beschäftigten sind andere Organisationen zuständig. Im Porzellanarbeiterverband können also keine Tausende dieser Berufsgruppe Mitglieder sein. In den Gipsfigurenfabriken hat der Porzellanarbeiterverband höchstens 200 Beschäftigte organisiert; im Töpfergewerbe und in den Porzellan- und Glashandlungen gar keine, weil für diese Berufe andere Organisationen zuständig sind. Es muß also bei der vom Porzellanarbeiterverband gemachten Aufstellung bleiben, daß von den 14 000 Beschäftigten der feinkeramischen Industrie 71 000 bei ihm vereinigt sind. Die zahlreichen Uebertritte zum Berufsverband deutscher Keramarbeiter in Sachsen, wovon die Christen schreiben, bestanden aus 2 Personen, von denen der größte Teil reumütig schon wieder zurückgehrt ist. Wie bei diesen Zahlenverhältnissen der Berufsverband deutscher Keramarbeiter zu 17 000 Mitgliedern in der feinkeramischen Industrie kommen will, ist ein Rätsel, in dem scheinend diese christliche Organisation Meister ist.

Bermischtes.

Portoerhöhung ab 15. Dezember. Der Verkehrsbeirat beim Postministerium hat sich mit der angekündigten Vorlage beschäftigt, die eine starke Erhöhung der Postgebühren verlangt. Wie nunmehr im einzelnen mitgeteilt wird, sollen nach dieser Vorlage die Briefe im Ortsverkehr je nach Gewicht 10, 15 und 25 Mk. kosten, die Fernbriefe bis zu 20 Gramm 25 Mk., in den höheren Gewichtsstufen 35 und 45 Mk. Für die Ortspostkarte werden 5 Mk., für die Fernpostkarte 15 Mk. vorgeschlagen. Die Postanweisungsgebühren werden durchweg verdoppelt. Die niedrigste Stufe wird von 50 auf 100 M. erhöht usw. Die Postscheckgebühren werden ebenfalls verdoppelt. Bei Telegrammen soll eine Grundgebühr von 50 Mk. und eine Wortgebühr von 20 Mk. erhoben werden. Der Fehlbetrag bei der Post beläuft sich gegenwärtig auf rund 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark geschätzt. Auch die jetzige Verdoppelung der Gebühren reicht zur Bilanzierung des Stats nicht aus. Die Post plant schon jetzt zum 15. Januar eine Erhöhung aller Gebühren auf dieser Grundlage eines Briefportos von 50 Mk. Bei einer Ortspostkarte ist im letzten halben Jahr ein Rückgang um nahezu die Hälfte, beim Ortsbrief um ein starkes Drittel eingetreten. Im Fernverkehr hat der Brief nahezu die Hälfte verloren, die übrigen Sendungen (Postkarten und Drucksachen) etwa ein Drittel. Die neuen Gebühren sollen am 15. Dezember in Kraft treten, mit Ausnahme der Fernspreckgebühren, die erst vom 1. Januar an gelten sollen.

Die arbeitsfreie Zeit. Die deutschen Gewerbeaufsichtsberichte enthalten interessante Angaben über die arbeitsfreie Zeit des Proletariats. Die älteren verheirateten Arbeiter suchen sich, wie übereinstimmend berichtet wird, für die freie Zeit noch Arbeit als Nebenverdienst, teils arbeiten sie im eigenen Gemüse- und Ackerland. Einen großen Umfang, besonders unter den jugendlichen Arbeitern, hat die Beteiligung am Sport genommen. Sie trägt nicht nur zur körperlichen Erleichterung bei, sondern drängt auch die reinen Vergnügungsvereine zurück. Selbst in den kleinsten Orten sind heute Arbeitersportvereine. Weiter nimmt für viele Arbeiter die Betätigung in Gewerkschaften und Betriebsvertretungen viel Zeit in Anspruch. Sehr geklagt wird überall über die zunehmende Vergnügungssucht der jüngeren Leute beiderlei Geschlechts, sowie über das mangelnde Interesse am Bildungswesen. Bildungsveranstaltungen werden meist vom bürgerlichen Mittelstande besucht. Die Arbeiter stellen meist einen nur ganz kleinen Bruchteil der Besucher. Am besten besucht werden von Arbeitern die von den Gewerkschaften veranstalteten populär-wissenschaftlichen Vorträge. Diese Tatsachen zeigen, daß im Proletariat nicht Interesselosigkeit herrscht, sondern daß der Proletarier weniger Wissen sucht als ein Hineinwachsen in seine Weltanschauung, wie die Gewerkschaften und die Parteien es bieten. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß bei einer Betrachtung über die Ausnutzung der freien Zeit der Arbeiter die langen Wege zu berücksichtigen sind, die sehr viele Arbeiter täglich zweimal zurückzulegen haben. Besonders in Gegenden mit rascher Industrialisierung legen die Arbeiter infolge der Wohnungsnot täglich oft recht bedeutende Strecken zurück, die den Arbeitern ein gut Stück ihrer freien Zeit nehmen. So wohnen z. B. von den Arbeitern im Landkreis Merseburg 18 653 außerhalb ihres Wohnortes. Und der Wohnort liegt entfernt: bei 3753 Arbeitern 3 bis 10 Kilometer, bei 10 770 Arbeitern bis 20 Kilometer, bei 435 Arbeitern über 30 Kilometer. Der Hin- und Rückweg zum Arbeitsort erfordert täglich entsprechend dieser Einteilung bis zu 3, bis zu 4 und bis zu 6 und mehr Stunden! Bezüglich der Durchführung der Verordnungen über die Arbeitszeit hat man dieselben Erfahrungen gemacht: gute Beachtung der Vorschriften in den größeren und mittleren Betrieben und da, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist.

Der Preis spielt keine Rolle. Mit dem deutschnationalen Parteitag in Görlitz war eine Tagung der „deutschnationalen Arbeiterschaft“ verbunden. Vor ihr hielt der Reichstagsabgeordnete Behrens, ein Führer der christlichen Gewerkschaften, einen Vortrag über Landwirtschaft und Arbeiter, wobei er sich (laut „Deutscher Zeitung“) den schönen Satz leistete: Der Preis spielt keine Rolle, wohl aber, daß genügend Vorräte vorhanden sind — das ist das zu lösende Problem. Die von Behrens vertretenen Arbeiter, für die der Preis von Brot, Fleisch und Kartoffeln „keine Rolle spielt“, verdienen die höchste Klasse des Intelligenzordens. — Vorstehendes schreibt die „Welt am Montag“ in ihrer Nr. 45 vom 6. November. Hierzu ist noch folgendes bemerkenswert:

380 Angestellte der christlichen Arbeiterbewegung, davon 79 Gewerkschaftsangestellte, sind aktive Mitglieder der deutschnationalen Partei. Die Frage wäre wohl am Platze, ob diese 380 „Arbeitervertreter“ der gleichen Meinung sind wie Behrens.

Porzellanfachschule in Karlsbad. Am 2. Januar 1923 wird in Karlsbad provisorisch im Hause „Porzellanverband“ eine Porzellanfachschule eröffnet, in der ungefähr 20 Schüler mit Befähigung Aufnahme finden. Sie müssen eine dreijährige Lehrzeit in einer Porzellanfabrik hinter sich haben. Das erste Semester währt bis zum 31. März, das zweite vom 1. April bis 31. Juli. Das nächste Schuljahr wird dann normal am 1. September 1923 beginnen. Der Lehrplan, der in zwei Jahrgängen zu 44 Wochenstunden zu absolvieren sein wird, umfaßt die technische, wirtschaftliche und künstlerische Ausbildung von Fachkräften in der Porzellanindustrie.

Die Schule wird schon im Schuljahr 1923/24 in einem eigenen Gebäude untergebracht werden. Sie tritt an Stelle der aufgelassenen Tonfachschule in Znaim.

Die belgische Keramikindustrie. In Belgien hat sich, Zeitungsberichten zufolge, die Porzellan- und Fayenceindustrie in letzter Zeit auffallend erholt. Bestellungen sollen so zahlreich eingehen, daß Preisabschläge vorgenommen werden konnten. Aufträge für die Werke sollen auf Monate hinaus vorliegen, doch fehlen Facharbeiter. Anscheinend stammt ein beträchtlicher Teil der Aufträge aus Bestellungen der Industrie für elektrische Beleuchtungskörper.

Gewerkschaftliches.

„Gewerkschaftliche Frauenzeitung“. Die Nr. 26 der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, die am 27. Dezember erscheinen mußte, fällt aus. Die nächste Nummer ist Nr. 1 des Jahrganges 1923. Das Blatt erscheint vom 1. Januar 1923 nicht mehr vierzehntägig, sondern am 1. und 15. jeden Monats.

Die Urabstimmung der Kupferschmiede über die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ergab eine große Mehrheit für die Ablehnung der Verschmelzung. Von 7476 in den Verwaltungsstellen des Verbandes angemeldeten Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung 5954 oder 79,6 v. H. Für die Verschmelzung stimmten nur 1525 Mitglieder gleich 25,6 v. H. Dagegen aber 4345 oder 73 v. H. 84 Stimmen waren ungültig. Im Jahre 1920 ergab eine Urabstimmung über den gleichen Punkt 1496 für und 4368 gegen die Verschmelzung.

Wirtschaftliches.

Niefenverdienst. Der Abschluß der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals L. Schwarzkopff, weist für das Geschäftsjahr 1921/22 nach rund 16 Millionen Mark Abschreibungen sowie nach Ueberweisung je einer zweiten Rate an das Verfallungskonto im Betrage von 40 Millionen Mark und an das Baureservekonto in Höhe von 80 Millionen Mark einen Reingewinn von rund 67 Millionen Mark auf. — Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 66% Proz. sowie die Ueberweisung von 10 Millionen Mark an die Wohlfahrtskassen und Stiftungen der Gesellschaft vorgeschlagen.

Von der Porzellanindustrie.

Unstimmigkeiten. Neulich konnten wir mitteilen, daß Differenzen in der Verwaltung der Porzellanfabrik Fraureuth zum Rücktritt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats führten. Wie jetzt weiter berichtet wird, ist Generaldirektor Singer aus dem Aufsichtsrat der Bank Lewinski, Reklaff & Co., Komm.-Ges. a. N. in Berlin, ausgeschieden, und Herr Lewinski aus dem Aufsichtsrat von Fraureuth. Die Bankfirma hatte vor nicht langer Zeit die Aktien der Porzellanfabrik Fraureuth in den freien Verkehr der Berliner Börse gebracht.

Für 16 Millionen Mark neue Stammaktien. Die Porzellanfabrik Kahla bildet mit Schomburg & Söhne eine Produktions- und Interessengemeinschaft, die gegenwärtig 16 Millionen Mark neue Stammaktien herauszugeben gedenkt. In dem dazu gehörigen Prospekt ist vermerkt, daß der Umsatz 1919 25 Millionen Mark, 1920 123 Millionen Mark und 1921 159 Millionen Mark betrug. Im Jahre 1922 kamen neue Werte zur Interessengemeinschaft und zwar: Bei den beiden Schomburg-Porzellanfabriken Köpflau und Margarethenhütte 3,29 Millionen Mark gleich ein Drittel der Aktien der Tonwarenfabrik Schwandorf (mit Schomburg) 1,25 Millionen Mark gleich fast ein Viertel der Aktien der Josef Schachtel A.-G. in Sophienau, und weiter 0,85 Millionen Mark Aktien der Porzellanfabrik Schöntwald, A.-G., so daß von letzterer ungefähr 2,46 Millionen Mark im Besitz von Kahla sind. Ferner wird im Prospekt noch gesagt, daß sämtliche Werke für die nächsten Monate mit Aufträgen versehen seien. Der Erfolg werde trotzdem fast hauptsächlich vom ausländischen Geschäft abhängig sein. Der Geschäftsgang werde sich nach der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaftslage richten. Eine „anzunehmende“ Dividende auch für das erhöhte Kapital von 35 Millionen Mark Stammaktien wird erhofft. Im Vorjahr gab es 50 Prozent auf 9 Millionen Mark.

Multiplikator 70. Ab 8. Dezember gilt für die Porzellan-geschirrfabrikation der Multiplikator 70.

8 Prozent Dividende. Die Steingutfabrik Amberg, A.-G. in Amberg, ist ganz unter die Fittiche der Firma Ludwig Wessel, Bonn, A.-G., gekommen. Die Aktien der ersteren wurden 10 zu 1 in L.-Wesselfaktien umgetauscht. Letzere standen vor Tagen auf 6600. Das erste Geschäftsjahr der Amberger Steingutfabrik brachte 228 757 Mark Reingewinn, wovon 8 Prozent Dividende verteilt wurden. Das ist für das 1. Geschäftsjahr ein ganz annehmbarer Verdienst. In den Aufsichtsrat wurde Dr. Josef Abs in Bonn neu gewählt.

Aus unserem Beruf.

Dresden u. Umg. Seit ungefähr Jahresfrist hat sich in Lommahsch, einem ziemlich abseits vom allgemeinen Verkehr gelegenen Städtchen Sachsens, ein feinteramischer Betrieb etabliert. Die Firma heißt Wilhelm Horn, der eigentliche Leiter des Unternehmens ist aber der Vater des Ersteren. Letzterer will jahrzehntelang Direktor eines großen feinteramischen Betriebes in Turn-Teplitz gewesen sein. Er will, wie er sagt, den Betrieb für seine beiden Söhne einrichten. Warum auch nicht? In der Nachkriegszeit haben eine große Anzahl der feinteramischen Industrie vollständig unwissend gegenüberstehender Menschen sich in der Errichtung solcher Betriebe versucht. Sie alle wußten von unserer Industrie nur, daß in ihr riesenhafte Gewinne erzielt werden können. Ein solch langjähriger Fachmann wie Herr Horn sen. weiß jedenfalls aber auch, wie solche fabelhafte Gewinne aus den Betrieben herausgeholt werden können. Der deutsche Arbeiter arbeitet ja heute an sich annähernd umsonst, und wenn man dann Gelegenheit hat, in einer Gegend einen Betrieb zu errichten, in der die Arbeitsgelegenheit nicht allzu reichlich ist, dann dürfte man noch besondere Ersparnisse an Arbeitslohn tätigen können. So dürfte jedenfalls Herr Horn sen. kalkuliert haben, als er dazu überging, vielleicht mit tschechischen Kronen, seinen Betrieb zu errichten, und man muß es ihm lassen, so klein wie der Betrieb auch ist, einen vollkommenen und modernen Eindruck hinterläßt er aber auf den Besucher. Jedenfalls mußten wir die Wahrnehmung machen, daß dem Herrn Horn das tote Inventar bedeutend mehr am Herzen liegt, als das lebende. Das letztere scheint er bedeutend mehr als Objekt zu betrachten. Oder kann es eine geringschätzigere Bewertung der Arbeitskraft geben, als wie die, die wir dort kennen lernen mußten. Der ungelernete Arbeiter in der Provinz unseres Sachsenlandes hatte in der 2. Novemberhälfte einen Lohn, der zwischen 170 Mk. und 200 Mk. schwankte. Die ungelernete Arbeiterin kam im Durchschnitt in den meisten Industrien bis auf 120 Mk. Und was zahlte Herr Horn dem männlichen erwachsenen Arbeiter? Familienväter erhielten pro Stunde 50 Mk.; weibliche Arbeitskräfte, darunter ältere Frauen, wurden durchweg mit 15 Mk. pro Stunde entlohnt. Nur ein paar Malerinnen, die auf Grund ihrer längeren Tätigkeit im Betrieb schon im Akkord arbeiten mußten, erzielten mit Hilfe dieses einen Lohn von pro Stunde 17 Mk. So lagen die Verhältnisse, als unsere Organisation vom Bestand dieses Betriebes unterrichtet wurde. Mehr darum, um uns zu überzeugen, ob wir durch die dortigen Kollegen auch der Wahrheit entsprechend von obigem berichtet wurden, folgten wir dem Ruf dieser Kollegen und gingen nach Lommahsch. Zu unserem Erstaunen bekamen wir all die Angaben unserer Kollegen durch den Herrn Horn sen. bestätigt. Wohl veranlaßt durch unser nicht zu verbergendes Erstaunen über diese Bezahlung, gestand der Herr Horn sen. unserem Vertreter ein, daß auch er sich dieser von ihm zur Auszahlung gebrachten Löhne schäme. Doch er könne nicht anders. Der Betrieb sei erst in der Einrichtung begriffen, und im übrigen bekomme er zu diesen Löhnen Arbeiter und Arbeiterinnen, so viel er haben wolle, ohne Anstrengungen deshalb nötig zu haben. Unser Organisationsvertreter wollte die Richtigkeit dieser Erklärung absolut nicht einsehen und bestand auf Zahlung der Tariflöhne; darauf hat Herr Horn sen. im Auftrage seines Herrn Sohnes allen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Er will die Fabrik still stehen lassen. Das soll er tun, denn der dortigen Arbeiterschaft kann er damit wirklich nur einen Gefallen erweisen. Wir bezweifeln jedoch, daß es diesem Herrn mit dieser angekündigten Maßnahme ernst ist. Deshalb ersuchen wir, für den Fall, daß Herr Horn sen. nun doch noch versuchen sollte, Facharbeiter aus dem Reiche nach seinem Eldorado zu ziehen, unsere Kollegen sich vor Annahme einer Stelle dort sich erst bestimmte Garantien in bezug auf den Verdienst geben zu lassen. Die Lommahscher Arbeiter und Arbeiterinnen werden wir von hier aus aufklären, damit Herr Horn sen. sich in Zukunft wegen der niedrigen Löhne, zu denen die dortige Arbeiterschaft sich jetzt zur Verfügung gestellt hat, nicht mehr schämen braucht.

Röppelsdorf. Ein junger Kollege, bei der Firma Heubach in Röppelsdorf beschäftigt, steht vor seiner Verheiratung; da gibt es nun allerhand anzuschaffen. Der Kollege erhielt, bevor er ein Möbelstück geliefert bekam, erst eine gepfefferte Rechnung. Da er nun nicht gleich wußte, woher mit dem Gelde, so wandte er sich vertrauensvoll an seinen Chef mit der Bitte, dieser möge ihm mit einem Vorschuß aushelfen. Einfach war das nicht. Der Chef läßt erst Erkundigungen über den Kollegen einziehen und Vorschuß wird ihm nicht bewilligt. Im Gegenteil, der angehende Familienvater wird noch als minderwertiger Arbeiter hingestellt und mit Strafe bedroht. Diesen Sommer brach bei der Firma Heubach ein größerer Brand aus, da waren die Arbeiter gut genug, um Lösch-

hilfe zu leisten. Dabei sind einer Anzahl Kollegen Kleidungsstücke und Stiefeln verbrannt, ohne daß die Firma ihren Arbeitern Entschädigung gezahlt hätte. So sieht die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren aus.

Weiden. „Stern der Bavaria“ hat Herr Grötsch die verwitwete Enzlein genannt, die von der „Bavaria“ zu Gebrüder Bauscher ging, um dort in der Druderei wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, wie sich ausgedrückt wurde. Die Druckerinnen bei der „Bavaria“ freuten sich darüber und die bei Gebr. Bauscher waren betrübt, da der Genannten schon ein gewisser „Ruhm“ vorausging. Sie wurden nicht getäuscht. Kaum war die Enzlein im Betrieb, begannen die Differenzen mit den Arbeiterinnen, wobei auch der bekannte Abteilungsleiter Nobel Beistand leistete. Eine Kollegin wurde von beiden schon von ihrem Posten geschoben, trotzdem sie bisher ihre Tätigkeit einwandfrei ausübte. Den Druckerinnen wird auf indirekte Weise zugelegt. Wie es gemacht wird, dafür ein Beispiel: Druckpapier ist teuer; es soll gespart werden, und wird nun zum Teil den Druckerinnen so vorge schnitten, daß gute Arbeit damit nicht zu machen ist. Wenden sich alle erfahrene Druckerinnen gegen diese verkehrte Sparmaßnahme, so heißt es bei der Enzlein: Nur keine Widerrede! Wird von ihr dann verlangt, selbst mit dem ungenügenden Material zu arbeiten, und sie bringt auch nichts zustande, dann taugt entweder die Farbe oder die Platte nicht viel. Jedenfalls hat die Firma keinen Nutzen von allzu klugen, schneidigen Vorgesetzten. Auch sonst ist bei Gebrüder Bauscher nicht alles Gold, was glänzt. Im Neubau werden Leute mit Facharbeiten beschäftigt, von denen sie keine Ahnung haben. Die von ihnen angefertigte Ware muß zum Teil in den Ausschulasten geworfen werden. Die Fertiger bekommen nichts dafür gezahlt, und die Stoffe sind verschwendet. Die Folgen haben Arbeiter und Firma in Mißhelligkeiten zu überwinden. Bei solchen Zuständen kommt es vor, daß selbst Facharbeiter in vierzehn Tagen die „horrenden“ Verdienste von 3500 bis 6000 Mk. erzielen. Einige haben gar in vierzehn Tagen nur den Vorschuß für die eine Woche verdienen können. Allmählich sammeln sich die Mißstände an, so daß der Betriebsrat 20 Punkte bei seinen Beratungen auf der Tagesordnung stehen hat. Zu einer Sitzung sollte auf Grund des Paragraphen 31 des ABG der Gewerkschaftsvertreter Kollege Herzer zugezogen werden, was aber von der Direktion abgelehnt wurde. Sie blieb trotz des Vorstelligwerdens des Betriebsrates und der Personalvorstände auf ihrem Standpunkte beharrlich stehen. Die Belegschaft wird sich das nicht bieten lassen. Die Betriebsleitung legt es offenbar darauf an, den Konflikt weiter zu schüren und ihn auf die Spitze zu treiben.

Kollegen, die bei der Firma in Arbeit zu treten beabsichtigen, möchten sich vorher Informationen beim Kollegen Herzer, Sonnenstraße 80, Weiden, einholen, wenn sie vor Schaden bewahrt sein wollen.

Streit der amerikanischen Keramarbeiter. Aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas, aus Treuton, erhält unser böhmischer Bruderverband die Nachricht, daß die organisierten Keramarbeiter seit 1. November d. J. im Streit stehen, da die „Sanitary Potlers Association“ (Unternehmerverband) eine 10- bis 25prozentige Lohnreduzierung vornehmen wollte. Auch diese Organisation hatte einen zweijährigen Vertrag, der am 31. Oktober d. J. abließ. Die Forderung der Unternehmer auf Lohnreduzierung wurde abgelehnt, es fanden mehrere Verhandlungen statt, wo eine Herabsetzung der geplanten Lohnreduzierung erreicht wurde. Auch in der Geschirrbrauerei steht die Arbeiterschaft schon seit 10 Wochen im Streit und ist noch keine Aussicht auf eine Beendigung des Kampfes.

Die Verhältnisse liegen drüben so, daß es für einen Facharbeiter von hier unmöglich ist, dort Arbeit zu bekommen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der amerikanischen Arbeiter lassen nur unter sehr schweren Bedingungen ausländische fremde Arbeiter zu und ist auch im Statut des „Sanitary Standing Comitee“ eine solche Bestimmung enthalten. Es ist keinem fremden Arbeiter erlaubt, zum Arbeiten anzufangen. Die Löhne der Verband gelehrte Arbeiter zur Verfügung hat. Erst dann, wenn keine hiesigen Arbeiter zu haben sind, kann der fremde Arbeiter beim „Sanitary Standing Comitee“ ansuchen, muß jedoch nachweisen, daß er gelernter Arbeiter und in weißem Ton gearbeitet hat. In Weiden, an dem Ort, wo er anfangen zu arbeiten, ehe er nicht vom Standing Comitee“ für gut befunden wurde.

Aus dem oben Gesagten ist zu ersehen, daß in den Vereinigten Staaten Amerikas die Keramindustrie die Löhne herabsetzt und die Arbeiterschaft zum Abwehrkampf zwingt. Gleichzeitig ist die sachliche Schilderung, unter welchen Umständen es nur möglich ist, dort anfangen zu können, geeignet, als Warnung zu dienen, sich dorthin bestimmen zu lassen.

Allgemeinverbindlich erklärt.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) schreibt: Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 („Reichsgesetzblatt“, S. 1456) für allgemeinverbindlich erklärt: 1. Vertragsparteien: a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie; b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands; Berufsverband deutscher Keramarbeiter; Gewerkschaft der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.); Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe; Deutscher Metallarbeiterverband; Zentralverband der Maschinisten und Heizer; Deutscher Transportarbeiterverband. 2. Abgeschlossen am 2. September 1922 (Schiedspruch des von den Parteien vereinbarten freien Schiedsgerichts) nebst Berichtigung vom 9. September 1922, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrage vom 1. Oktober 1921. 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingut- und Steingutpflüwarenindustrie mit Ausnahme der Betriebe der dem Verbands Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen. 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches. Sie erstreckt sich nicht auf die Steingutfabrik Witteburg, U.-G. in Farge. Die Ausdehnung hierauf bleibt vorbehalten. 5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 25. August 1922.

Literarisches.

„Taschenbuch für Keramiker“ für das Jahr 1923 hat der Verlag „Keramische Rundschau, C. m. b. H.“, Berlin, herausgegeben. Das Büchlein hat die Größe von 10x16 Zentimeter, umfaßt 158 Seiten und Kalendarium und kostet freibleibend für Deutschland 500 Mk., Preise für alle übrigen Länder auf Anfrage.

Das Taschenbuch enthält wertvolle Aufsätze über wichtige technische Fragen. Jeder Keramiker muß darüber Bescheid wissen, deshalb möge er sich aus dem Büchlein Anregung holen. Was aber das Werkchen dem Arbeiter der feinkeramischen Industrie Nützlich bringt, sind seine Verzeichnisse über die in- und ausländischen Fachvereine, die Außenhandelsstellen, die Töpferei-Berufsgenossenschaft und die feinkeramischen Fabriken für Porzellan, Steingut, Majolika, Terrakotta, Siderolith, feines Steinzeug, Mosaik und Wandplatten, Steatitartikel usw. in Deutschland, Oesterreich und Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn.

Die große Anzahl Abhandlungen über wesentliche Wissensgebiete gibt dem Taschenbuch den Wert eines Lehr- und Nachschlagebuches. Jedes Personal sollte mindestens das empfohlene Werkchen zum täglichen Gebrauch anschaffen.

„Die Rheinlande in der Franzosenzeit“. Ein neues Geschichtswerk von Dr. Alexander Conrad, das zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. (Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Ladenpreis br. 200,— Mk., geb. 300,— Mk.)

Französische Anexionisten haben schon eine ganze Bibliothek zusammengeschrieben, um die Welt zu überzeugen, daß die Rheinlande von Rechts wegen französisch sein müßten, es schon einmal gewesen seien und gewiß auch wieder gern sein würden. Diese Propaganda mag von vielen Deutschen nicht recht ernst genommen worden sein, ist aber zweifellos eine Gefahr nicht nur für Deutschland und — bei wohlverstandener Eigeninteresse — für Frankreich, sondern für alle Welt. Die Ereignisse der großen Revolution und der napoleonischen Zeit haben gezeigt, daß eine Festsetzung Frankreichs am deutschen Rhein nicht ohne die ungeheuerlichsten Konsequenzen denkbar ist. Sie zeigen auch, unter dem besonderen Gesichtspunkte der rheinischen Geschichte betrachtet, daß die Version, als wenn die Franzosen damals am Rhein gern gesehen worden seien, ernstlicher Prüfung durch unbefangene Untersuchung des Tatsachenmaterials nicht standhält. Die aus Begeisterung für die Revolutionsideen die Bedenken gegen Anschluß an Frankreich zurückzustellen bereit waren, bildeten nur ein kleines Häuflein, und selbst für den Kern des „Bisrhenanen“ gilt, was einer von ihnen, Görres, im Rückblick gesagt hat: „Welches auch damals der Gegensatz der Parteien sein mochte, alle waren sie eins darin, die Vereinigung mit einem fremden Volke als ein großes Unglück zu betrachten.“ Dies konnte auch schon deshalb nicht anders sein, weil das linke Rheinufer bereits damals mit den Rechtsrheinischen in unlösbarem Zusammenhange stand, aus dessen Zerreißen sich die unerträglichsten Folgen ergaben, so daß eine Befreundung mit der Fremdherrschaft nicht auf die Dauer möglich war, obwohl die Revolutionsgesetzgebung schließlich auch Vorteile und Fortschritte brachte. Aber die drückenden Ergebnisse der Annexion an Frankreich überwogen zu sehr, um die Rheinlande vergessen zu lassen, wohin sie eigentlich gehörten. Urndt hat eben recht, wenn er 1813 den Rhein einen uralten deutschen Strom nennt, dessen Umlaufe deutsch sind und deutsch waren. Und als die Rheinländer infolge der Vertreibung der Franzosen wieder zu Worte kommen konnten, bezeichnete der „Rheinische Merkur“ den Rhein als Deutschlands hochschlagende Pulsader, deren Besitzer Deutschlands Leben in seiner Gewalt beschloßen halte. Aus dem reinen Inhalt des Werkes seien folgende Kapitel erwähnt: Der alte Rhein. — Aufklärung und Verkommen, Zunftgeist und Industrie. — Die Revolutionszeit bis zur Rückeroberung von Mainz. — Der Verlust des linken Rheinufers. — Bisrhenanen, anexionisten, Fremdherrscher. — Französische Herrschaft auf beiden Ufern. — Das Ende der Fremdherrschaft.

Frauen-Hausmaß. Das von Wilhelmine Kähler herausgegebene Jahrbuch für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ist wiederum erschienen. Der neue Band für das Jahr 1923 (Verlag Auer & Co., Hamburg) ist nun der zweite, der uns vorliegt. Er zeichnet sich wiederum durch die Reichhaltigkeit seines Inhalts, durch gute Bilder und geschmackvolle, buchdruckerische Anordnung aus. Unterhaltung und Belehrung ist in bunter, abwechslungsreicher Fülle geboten. Sehr gerade, zur Weihnachtszeit, ist es eine Geschenkgabe, die in keinem Arbeiterhaushalt fehlen sollte. Wer es mit der geistigen Nahrung ernst meint, der sollte das Buch kaufen und weiterempfehlen. Preis 75 Mk.

An die Zahlstellenverwaltungen!

Den Zahlstellen wird bekanntgegeben, daß die jetzigen alten, der Post übermittelten Adressen der Organempfänger und die gemeldeten Zahlen bis zum 1. April 1923 unverändert für den Versand des Blattes bestehen bleiben müssen. Innerhalb eines Vierteljahres sind künftig Änderungen nicht mehr möglich. Die Post verlangt bis zum 15. Dezember die für das 1. Vierteljahr 1923 notwendige Hauptliste. Das bedingt diese Maßnahme. Die neuen Organempfänger müssen jedoch trotzdem auf den Wahlergebnislisten gemeldet werden. Sie haben die „Ameise“ bis zum 1. April beim alten Empfänger zu holen und zu verteilen. Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten beseitigen zu helfen. Die Sparsamkeit erfordert die Erfüllung der neuen Postbestimmungen. Die jeweiligen Änderungen im Bezug des Blattes sind stets drei Wochen vor Vierteljahreschluß der Redaktion zu melden. Die strikte Durchführung der postalischen Notwendigkeiten wird auch eine geregelte Zustellung ermöglichen.

Redaktion und Verlag.

Zur Arbeitslosenstatistik. Zur der Statistik für den Monat November hatten wieder 23 Zahlstellen keine Berichtskarte eingeschickt, trotzdem alle Zahlstellenkassierer vor dem Fälligkeitstermin schriftlich erinnert wurden. Von diesen selben Zahlstellen haben in den letzten 6 Monaten öfter als zweimal keine monatliche oder vierteljährliche Berichtskarte eingekandt (die Ziffern geben die Gesamtzahl der Fehlerarten in den Monaten an) folgende: Hausen 5, Hirschau 6, Kleindembach 6, Kups 6, Lamspringe 6, Meiningen 3, Müschchen 6, Oberhausen 3, Peterwitz 4, Preßig 4, Rheinbach 5, Schmiedeberg, Bezirk Halle, 6, Schwarzenfeld 5, Steinbach 5.

Einige Zahlstellenkassierer scheinen den Sinn der Frage auf der Adressenseite der Berichtskarten nicht richtig erfasst zu haben. Sie mögen glauben, daß sie unter allen Umständen die Zahl aller Betriebe im Bereich der Zahlstelle und die Zahl aller in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter angeben müssen. Es ist aber nach Kurzarbeit gefragt und es soll angegeben werden, um wieviel Stunden (1-3, oder 9-16, oder 17-24, oder 25 und mehr), in wieviel Betrieben und für wieviel von den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern die sonst regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit in der letzten Arbeitswoche verkürzt (beschränkt) war. Es sind also neben der event. zutreffenden Zahl der Arbeitszeitverkürzung nur die Betriebe und nur diejenige Zahl der Arbeiter einzutragen, welche verkürzte Arbeitszeit in der letzten Woche hatten. Wo Kurzarbeit in dieser Woche nicht bestand, ist weder Zahl der Betriebe noch Zahl der Arbeiter einzutragen. Wo also Kurzarbeit nicht bestand, sind auf der Adressenseite überhaupt keine Eintragungen zu machen.

Das Verbandsbureau.

1. Agitationsbezirk. Alle Zahlstellen, welche zum 1. Agitationsbezirk gehörten und gewillt sind, daß dieser wieder ins Leben gerufen wird, werden ersucht, sich bei der Zahlstelle Teltow betreffs einer Zusammenkunft zu melden.

W. Furchner, Vorsitzender, Teltow, Elsterstr. 1.

Briefkasten.

Mathes, Mengersgereuth. Briefe an die Redaktion kosten ebenfalls 12 Mk. Porto. Die Kasse ist über das Strafportozahlen von 20 Mk. selbst für die schönsten Artikel nicht erfreut.

Arbeitsmarkt.

Oberdreher, firm in allen in der Dreherei und Gießerei vorkommenden Arbeiten, perfekt im Schablonenfeilen, Preiskalkulation usw., im Besitz von Masse- u. Glasurzepten, sucht Stellung als Oberdreher od. Dreher in Porz- od. Steingutfabrik; nimmt event. auch anderen Vertrauensposten an. Da verh., ist Wohn. erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Off. unt. „F. G.“ an die Redaktion d. „Ameise“.

Porzellanmaler, firm in allen vorkommenden Arbeiten, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, baldigst Beschäftigung, event. auch als Wandmaler. Eintritt kann sofort erfolgen. Meldungen unter „F 4“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Ein tüchtiger Steingutdreher sucht Stellung; er kann auch Schablonen feilen. Da verheiratet, wird Wohnung gewünscht, und zwar schon ab 1. Januar. Offerten unter „100“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldabfälle, Kupfer, Nische, leere Flaschen

kauft jederzeit zu den höchsten Tagespreisen (15)
Wenzl Peter, Suhl, Bayern, Gartenstr. 35 (Jugendheim).

Emil Böhr, Goldschmied-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft samtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmied, Lappen, Nische, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle 2/3 für Glanzgold 250 Mk. und mehr für 1 Gramm; für Poliergold 400 Mk. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Keiltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Prospekte gratis und franco. — Anstatter überall bei hoher Provision gesucht.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Winkel — Flaschen — Metallrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm

auf ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere — Winkel Paletten — Nöpfe — leere Goldflaschen — Silberabfälle Silberchlamm — Bruchgold und -Silber

(für leere Glanzgoldflaschen zahle mindestens 3 Mk. pro Stück und für leere Poliergoldflaschen mindestens 10 Mk. pro Stück). Da die in diesem Blatte inserierten Goldabfallpreise sich längst durch den hohen Dollarkurs überholt haben, biete ich Ihnen bei Sendungen an mich viel höhere Preise. Speesen, als Porto und Scheidekosten, trage ich und sichere schnellste und reelle Bedienung zu.

Schmeldeanstalt Max Haupt, Dresden-A., Bönißplatz 17.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Winkel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Winkel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30-50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50-100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Bmoeca, sowie Lebantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen, von 100 bis 1500 Mk. pro Stück; große glatte Philippiner Elefantenoehren, das Kilo zu 6 Dollar, umgerechnet in Reichsmark zum Berliner Briefbörsenkurs am Lieferungsstage; Werdeschwämme; weiche feine feinstgroße Reeschwämme, das Kilo 8000 Mk.; hand- und feinstgroße prima Hartheadschwämme, das Stück 400 Mk.; feine weiche kleinere Lebantinerschwämme, das Kilo 30 englische Schilling. — Versand in kleineren und größeren Posten.

S. Michelson, Schwammgroßhandel
Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldasche à Gramm 1300 Mk. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldasche 950 Mk.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —

Andreas Geher, Selb, Oberfr., Goldarbeiter.

Kaufe Goldasche

für Berufszwecke, zahle pro Gramm bis 1500 Mk. je nach Gehalt. — Reelle Bedienung. (16)

Paul Seifert, Reudnitz, Reuh.

Begr. 1896. — Beste Bedien.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage
			
Preis.frei. Seifert, Zwickau i. S., Osterweibstr. 32.			

Nische, Lappen, Schmiere, spez. ausgebranntes Gold

kauft zu höchsten Preisen

Christoph Geier, Höchstädt bei Thiersheim, Nr. 136.

Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, chem.-metal. Laboratorium
Charlottenburg, Spandauer Str. 20
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Goldreste jeder Art

kauft zu höchsten Preisen bei sofortiger Kasse.

Martin Kaufmann

Zwickau, Berdamerstr. 25.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SW., Elisabeth-Ufer 28/29